Stand: 23.10.2025 16:50:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16806

"Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16806 vom 10.05.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17002 des SO vom 11.05.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/17323 vom 21.06.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.05.2017 Drucksache 17/16806

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Margarete Bause und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag führt unter Federführung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes – AGSG (Drs. 17/15589) und zu den Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 17/15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/16537) durch.

Ziel der Anhörung ist zum einen eine Überprüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs der Staatsregierung mit den gesetzlichen Verpflichtungen der Länder zur Kostenerstattung für die jungen Volljährigen nach dem SGB VIII. Außerdem sollen die geplanten Inhalte der beiden Verordnungsermächtigungen zu den Einzelheiten der Kostenerstattung nach Art. 52a Abs.1 AGSG-Neu und zur Ausgestaltung von Aufgaben und Leistungen der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII, in der Anhörung vorgestellt und auf ihre Vereinbarkeit mit dem Prinzip einer bedarfsorientierten Leistungserbringung in der Kinder- und Jugendhilfe überprüft werden.

Die in der Jugendhilfe bei der Betreuung unbegleiteter junger Flüchtlinge tätigen Verbände und Organisationen sowie die als Kostenträger verantwortlichen kommunalen Spitzenverbände sollen ihre Vorstellungen und Forderungen zu einer Neuregelung der Kostenerstattung für unbegleitete junge Flüchtlinge vortragen können. Die Anregungen und Vorschläge der Fachverbände werden in den weiteren Gesetzgebungsprozess einbezogen.

Begründung:

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des AGSG und des Aufnahmegesetzes hat weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige Ausgestaltung der Jugendhilfeleistungen für junge Flüchtlinge. Es ist unklar, ob der Gesetzentwurf dem Anspruch, dass die Bezirke vom Freistaat im gleichen Umfang Kostenerstattung erhalten, wie die Jugendämter bisher gemäß § 89d Abs.1 und 3 SGB VIII erstattungsberechtigt waren, tatsächlich gerecht wird. Auch der Ausschluss der jungen Volljährigen von der Erstattung der Kosten ist rechtlich umstritten. Hier besteht zudem die Gefahr, dass junge Flüchtlinge zukünftig automatisch aus der Jugendhilfe ausgesteuert werden.

In der geplanten Rechtsverordnung zur Kostenerstattung sollen zudem ein Regel-Ausnahme-Verhältnis für erstattungsfähige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe definiert und pauschale Erstattungsbeträge festgelegt werden. Diese Verordnung hat weitreichende Auswirkungen auf die Qualität und Ausgestaltung der zukünftigen Leistungen der Jugendhilfe für junge Flüchtlinge. Ihre Inhalte müssen deshalb einer parlamentarischen Beratung zugeführt werden.

Auch die geplante Rechtsverordnung zu den Angeboten der Jugendsozialarbeit hat weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige Versorgung und Betreuung junger Flüchtlinge. Hier sollen die Angebote der Jugendsozialarbeit als Regelleistung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge festgeschrieben werden. Stationäre Formen der Unterbringung und heilpädagogische Hilfen für junge Flüchtlinge nach dem SGB VIII werden damit weitgehend von den erstattungsfähigen Leistungen ausgeschlossen. Hier handelt es sich um einen weitgehenden Eingriff in die bisherige Zuständigkeit der Jugendämter, die im Hilfeplanverfahren orientiert am individuellen Bedarf über die erforderlichen Leistungen entscheiden.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.05.2017 Drucksache 17/17002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/16806

Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: Christine Kamm
Mitberichterstatter: Dr. Hans Reichhart

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 11. Mai 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.06.2017 Drucksache 17/17323

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Margarete Bause und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/16806, 17/17002

Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)

Der Landtag führt unter Federführung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes – AGSG (Drs. 17/15589) und zu den Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 17/15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/16537) durch.

Ziel der Anhörung ist zum einen eine Überprüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs der Staatsregierung mit den gesetzlichen Verpflichtungen der Länder zur Kostenerstattung für die jungen Volljährigen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII). Außerdem sollen die geplanten Inhalte der beiden Verordnungsermächtigungen zu den Einzelheiten der Kostenerstattung nach Art. 52a Abs.1 AGSG-Neu und zur Ausgestaltung von Aufgaben und Leistungen der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII, in der Anhörung vorgestellt und auf ihre Vereinbarkeit mit dem Prinzip einer bedarfsorientierten Leistungserbringung in der Kinder- und Jugendhilfe überprüft werden.

Die in der Jugendhilfe bei der Betreuung unbegleiteter junger Flüchtlinge tätigen Verbände und Organisationen sowie die als Kostenträger verantwortlichen kommunalen Spitzenverbände sollen ihre Vorstellungen und Forderungen zu einer Neuregelung der Kostenerstattung für unbegleitete junge Flüchtlinge vortragen können. Die Anregungen und Vorschläge der Fachverbände werden in den weiteren Gesetzgebungsprozess einbezogen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen für die einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorgelegte Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Kollegin Claudia Stamm schließt sich dem Votum mit an und stimmt zu.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen Drs. 17/12177, 17/16951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Angemessene Unterbringung von queeren Geflüchteten in Bayern Drs. 17/15854, 17/16957 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geodaten kostenfrei nutzbar machen Drs. 17/16024, 17/17071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Auch Kunst- und Kulturlehrpfade ermöglichen! Drs. 17/16134, 17/17161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Beleghebammen unterstützen Drs. 17/16140, 17/17158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	团	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden Drs. 17/16156, 17/17157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Bericht zu geplanten "bayerischen Transitzentren" Drs. 17/16163, 17/16945 (E) [X]

Antrag gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren Drs. 17/16168, 17/17162 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU Bayerische Fluchtursachenbekämpfung in Afrika und im Nahen Osten Drs. 17/16173, 17/17172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u.a. CSU Soziale Berufe zukunftsfest machen!

Drs. 17/16201, 17/17144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU) Abgabe von Wasserstoffperoxid an Jäger weiterhin ermöglichen Drs. 17/16320, 17/17077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

12.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
	Wasserarmut in Franken – was macht die Staatsregierung?
	Drs. 17/16324, 17/17068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sofortmaßnahme gegen Lehrermangel an Grundschulen: Einsatz von Realschul- und Gymnasiallehrkräften als Lotsen für den Übertritt Drs. 17/16325, 17/17167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid gewährleisten Drs. 17/16344, 17/17076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Förderprogramm für Investitionen in umweltschonende Landmaschinen Drs. 17/16346, 17/17188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung: Weißbuch zur Zukunft Europas: Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27 Drs. 17/16348, 17/17171 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzerthaus-Neubau und Gasteig-Sanierung: Für eine praktikable und kostensparende Lösung für die Musikstadt München Drs. 17/16351, 17/17163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen bei psychisch Kranken Drs. 17/16363, 17/17160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Bericht über neue Verfahren in der Gentechnologie Drs. 17/16447, 17/17069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Neunjähriges Gymnasium auch für bestehende 5. und 6. Klassen ermöglichen! Drs. 17/16466, 17/17165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Bericht zu Cum-Ex Drs. 17/16650, 17/17072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Beste Bildung – von Anfang an XI – Qualitätsberatung und -begleitung für die Kindertagespflege Drs. 17/16653, 17/17004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)
Drs. 17/16806, 17/17002 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerns Übertrittsverfahren reformieren – Lernentwicklungsgespräche statt Übertrittszeugnis Drs. 17/16828, 17/17166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vollzug des Ausländerrechts praxistauglich gestalten – Planungssicherheit für Bayerns Betriebe Drs. 17/16963, 17/17169

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht über den Stand der Arbeiten an einem Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz (Psych-KHG) Drs. 17/16842, 17/16944

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Bericht zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst Drs. 17/15819, 17/17140

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat